

**Frage 01: Welchen Stellenwert besitzt für Sie der Schutz religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen bei der Bewertung von Sachfragen, über die unterschiedliche Meinungen bestehen?**

**ÖVP**

Für uns als christlich-soziale Partei hat der Schutz religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen hohe Priorität. Religionsfreiheit und andere persönliche Freiheitsrechte, wie die Meinungsfreiheit, sind in Österreich verfassungsrechtlich geschützt. Der liberale Rechtsstaat hat die Aufgabe, diese Freiheiten zu schützen und durchzusetzen. Wir fördern den Dialog zwischen Kirchen, Religionsgemeinschaften und staatlichen Stellen. Radikalem, extremistischem oder fundamentalistischem Gedankengut, das Staat und Menschenrechte nicht anerkennt oder zu Gewalt aufruft, treten wir konsequent entgegen.

**SPÖ**

Die Religionsfreiheit ist ein wichtiges Grundrecht und Baustein unserer Demokratie. Der Schutz religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen nimmt daher einen hohen Stellenwert ein.

**FPÖ**

Unseren Abgeordneten und Funktionären ist es natürlich unbelassen, in ihre tägliche Arbeit ihre weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen einfließen zu lassen bzw. diese zu berücksichtigen. Als demokratische Partei in einem republikanischen politischen System sind wir aber klar für die Trennung von Staat und Religion, besonders in der politischen Arbeit.

**GRÜNE**

Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Die Religionsfreiheit ist ein Grund- und Menschenrecht und genießt als solches einen hohen Stellenwert. Bei der Bewertung von Sachfragen müssen stets grund- und menschenrechtliche Überlegungen mit einfließen. Grund- und Menschenrechte sind dabei ohne Diskriminierung etwa aufgrund der Religion oder Weltanschauung zu gewährleisten.

**NEOS**

Für NEOS steht der Schutz religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen im Rahmen einer liberalen und offenen Gesellschaft an hoher Stelle. Es ist wichtig, dass unterschiedliche Meinungen respektiert werden und der gesellschaftliche Diskurs von Toleranz geprägt ist. Gleichzeitig dürfen solche Überzeugungen nicht als Hindernis für notwendige Reformen oder faktenbasierte Entscheidungen genutzt werden, und die wehrhafte Demokratie darf nicht ignorieren, wenn antidemokratische Tendenzen und Intoleranz zunehmen.

Es ist das Recht religiöser und weltanschaulicher Gemeinschaften, ihre Überzeugungen in die politische Debatte über Sachfragen einzubringen. Ethische Werturteile fließen auch in die Diskurse von Politiker:innen und Wissenschaftler:innen ein. Es liegt im Wesen der pluralistischen Demokratie, dass dabei unterschiedliche Schlussfolgerungen zur Diskussion gestellt werden. Daher sind die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog ausschlaggebend. Auch wenn Entscheidungen in parlamentarischen Demokratien mit Mehrheit getroffen werden, erfordert die Demokratie Kompromissfähigkeit und den Schutz von Minderheitenmeinungen.